

Für die Arbeiter aber steht der Feind rechts. Die Arbeiter haben kein Interesse an der blässlichen Schimpferei. Es geht um die Interessen der Arbeiter. Was die SPD will, zeigt sich in dem Vorgehen des Parteivorstandes gegen Sendewitz und Genossen. Wer nicht schnell zu Hindenburg geht, liegt.

Die Arbeiter aber gehen nicht zu Hindenburg. Sie müssen gegen die Gefahr kämpfen. Die Arbeiter werden bei diesem Kampfe von der SPD, und den Gewerkschaften verlassen sein. Die einzige Partei, die mit den Arbeitern kämpft, sind die Kommunisten. Die Arbeiterkraft muß entscheiden. Ihre Entscheidung wird gegen die Monarchisten und ihre Helfer ausfallen. Wenn SPD, und ADGB, den Kampf ablehnen, müssen die Arbeiter den Kampf organisieren.

In den Betrieben bildet die Rote Front. Schließt euch zusammen zu Kampfkomitees. Sammelt die Arbeiter zu einer Front. Nehmt Stellung zu den Vorschlägen der Kommunisten. Treibt die Verräter zu Paaren. Der Kampf der Arbeiter geht gegen die Reaktion.

Die Kommunisten und die politische Krise in Preußen

Berlin, 29. April. In der Sitzung des Preussischen Landtages gab Genosse Barfels im Auftrage der Kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Ministerpräsident Braun hat in seiner Regierungserklärung vom Dienstag die Absicht bezeugt, die Staatsgeschäfte nach den Grundlinien zu leiten, die sich in den letzten 17 Jahren seiner Ministerpräsidenten bewährt hätten. Die politische Richtung, die der Politik der großen Koalition zugrunde liegen, sollen auch weiterhin für das Kabinett maßgebend sein. Im übrigen macht er sich das von März am 18. Februar d. J. entwickelte Programm zu eigen.“

Das bedeutet, daß dieselbe verderbliche Politik, die zum Ertrinken der Monarchisten und Kapitalisten im Reiche und in Preußen führte und in der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ihren schäblichen Ausdruck fand, von der Weimarer Koalition in Preußen auch weiterhin betrieben werden soll.

Das bedeutet, daß die ungeheuerliche Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeiter, Polizeibrutalität und Wucherzins nicht nur beibehalten, sondern noch unendlich verschärft werden sollen.

Das bedeutet, daß die Sozialdemokraten bereit sind, der Hindenburgdiktatur, der sie Wegbereiter gewesen sind, nun auch noch Vollstrecker zu werden.

Einer solchen Regierung gegenüber kann es für die kommunistische Fraktion keine andere Haltung geben als rücksichtslosen Kampf. Die Arbeiterkraft sieht immer klarer, in welchem Abgrund sie durch die kapitalistischen und monarchistenfreundlichen Politik des sogenannten republikanischen Volksblades geführt, in welche schwere Lage sie durch die Koalitionspolitik, wie durch die Damesierung Deutschlands gebracht worden ist. Sie erzieht die ernsthaften monarchistischen Gefahren, die ihr drohen. Die Arbeiterkraft ist bereit zur Abwehr aller dieser Gefahren und zu ihrer vollen Befreiung den Kampf anzunehmen. Sie hält zur Realisierung dieses ihres Kampfes die Erfüllung folgender Mindestforderungen zunächst für erforderlich:

1. Erlass einer Vollamnestie, entsprechend dem Antrag des Genossen Wed und Genossen, und darüber hinaus Erlass einer Amnestie, nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reiche.
2. Für alle Staatsbetriebe, auch wenn sie unter der Rechtsform von Aktiengesellschaften usw. geführt werden, den Achtstundentag, soweit Bergarbeiter und Arbeiter mit besonders schwerer oder gesundheitsgefährlicher Arbeit in Betracht kommen, die Nebenunterstützung ab 1. Mai 1925; Einwirkung auf die Gemeinden zum gleichen Vorgehen und Einwirkung mit allen Mitteln auf die Reichsbehörden für die allgemeine Durchführung des harten Achtstundentages.
3. Aufhebung der Hauszinssteuer ab 1. Mai 1925.
4. Aufhebung der Kolonialsteuer und der Militarisierung der Schulpolitik.
5. Allgemeines Verbot, die Technische Nothilfe einzusetzen.
6. Beschlagnahme der in Preußen befindlichen Vermögen aller früheren Fürsten, Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Deutschland aufhalten, und Einstellung aller Zahlungen an die Hohenzollern.
7. Sänkerung der Beamtengehälter von allen monarchistischen Elementen.

Die kommunistische Partei ist entschlossen, mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes gegen die monarchistische Gefahr und weitere Verelendung zu kämpfen.

Die kommunistische Landtagsfraktion ist auch bereit, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung vom bürgerlichen Staat und der Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben aufgeführten Minimalforderungen der Arbeiterkraft zu erfüllen, die Erziehung zu ermöglichen und bei Erfüllung dieser Forderungen zu unterstützen.

Die kommunistische Landtagsfraktion verlangt von der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien der Weimarer Koalition eine klare, unbedingte Stellungnahme zu diesen Forderungen. Sollen das Staatsministerium und die Parteien nicht eine klare, unbedingte Stellungnahme, dann steht die kommunistische Partei dazu die Verpflichtung, daß die bisher bestehenden arbeitseindlichen Politik u. der Herr Hindenburg in verschärfter Form fortgesetzt werden soll. Sie wird mit allen Mitteln und mit aller Kraft im Parlament und außerhalb des Parlaments gegen eine solche Regierung wie gegen jede Regierung von Klassenfeinden den proletarischen Kampf und die Auflösung des Landtages erzwingen.

Der kommunistische Redner begründete diese Erklärung noch eingehend in einer Rede.

Von der Regierung erwiderte am heutigen Tage niemand, für die SPD, ging Heilmann darauf ein. Er erklärte, die kommunistischen Forderungen bildeten eine Verhandlungsbasis. Die SPD wäre in Verhandlungen jederzeit bereit. Zwischenrufe beletzten den sozialdemokratischen Redner, daß diese Minimalforderungen kein Verhandlungsobjekt seien.

Gegen das Henterturteil

Berlin, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einer überfüllten Jugendversammlung, in der Dr. Gumbel, der Verteidiger Dr. Arthur Wolf, Erich Mühsam und Wittfogel sprachen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die von unterzeichneten Jugendbänden und Organisationen am 30. April in die Stadthalle zusammenberufene Jugend Berlins protestiert gegen das dreifache Todesurteil und die Verhängung von über 70 Jahren Zuchthaus zum Schutze der Republik“. Sie erklärt in dem Urteile einen Justizmord und begrüßt die revolutionären Opfer, insbesondere die heldenhaften Genossen Margies und Maier. Dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, der ein

Klassengerichtshof zum Schutze des Kapitals ist, stellt sie die rote Front aller Schaffenden gegen die überall vorwiegende monarchistische Reaktion entgegen. Dabei gelobt die verammelte Jugend, gemeinsam mit der Arbeiterkraft den Kampf zu führen für die volle Amnestie dieser und aller Opfer der Klassenjustiz und darüber hinaus gegen eine Gesellschaft, die solche Urteile zu ihrem Schutze bedarf. Sozialistischer Studentenbund, Touristenverein „Die Naturfreunde“ Gau Berlin, Freies proletarisches Jugendbündnis, Gemeinshaft proletarischer Arbeiter, Physio-graphischer Jugendbund, Welt-Jugendliga, Jungproletarischer Bund, Anarchistisch-Syndikalistische Jugend, Ring revolutionärer Jugend.“

Aufmarsch der Frontkämpfer

München in Westfalen, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) An der Raumerweide des Roten Frontkämpferbundes beteiligten sich über 1000 uniformierte Rote Frontkämpfer. An der sich anschließenden Demonstration nahmen große Massen der Arbeiterkraft teil. Die Demonstration erregte allgemeine Bewunderung. Die Arbeiterviertel strömten zu Ehren des Tages rot geflaggt.



Die Reaktion macht das Rennen mit der Sozialdemokratie als Schrittmacher!

Der Kampf gegen die Kommunisten

Heute morgen erschien die Dresdner Kriminalpolizei in der Buchhandlung Oswald Groß, Dresden, Köhlerhofgasse 24, und nahm eine längere Hausdurchsuchung vor. Gesucht wurde die Broschüre „Hamburg im Aufstand“. Gefunden wurde jedoch nichts. Dafür beschlagnahmte die Polizei eine größere Anzahl Broschüren: „Marmelade an die erzgebirgischen Bauern“.

Arbeiter! Kauft kommunistische Literatur!

Die Eisenbahntatastrophe im Polnischen Korridor

Das schwere Eisenbahnunglück im Polnischen Korridor hat zu einer gewaltigen nationalen Hebe zwischen der polnischen und deutschen bürgerlichen Presse geführt. Die Polen behaupten, das Unglück sei auf ein verheerendes Attentat zurückzuführen. In der offiziellen Darstellung der polnischen Gesundheitsbehörde in Berlin heißt es über die Ursachen des Unfalls: „Nach neuerdings vorliegenden Meldungen scheint es sich bei dem Eisenbahnunfall bei Stargard um ein kommunistisches Attentat zu handeln.“ Selbst angenommen, die Kommunisten ließen sich zu einem solchen Attentat wie ein Eisenbahnunfall präparieren, so ist es doch eine Spekulation auf alle große Dummheit, gerade in diesem Fall von einem kommunistischen Attentat zu sprechen. In diesem Zuge befand sich nämlich eine Reihe russischer Vertreter der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen in Warschau. Die unnütze Verleumdung der Berliner polnischen Gesundheitsbehörde bricht also in sich selbst zusammen.

Aus allen Meldungen, die bisher vorliegen, schält sich immer deutlicher die Tatsache heraus, daß die wahren Ursachen dieser Katastrophe in dem Profitgeiz der Eisenbahnverwaltung liegt. Die polnischen Eisenbahnen sind genau so wie die deutschen an das Privatkapital veräußert und verrentet worden. Wehrhafte Auslöser des Fahrpersonals bestätigen, daß an der Unfallstelle das Schienenmaterial seit längerer Zeit in mangelhaftem Zustande gewesen ist. Ebenfalls wie von dem Privatkapital im Verkehrsweien seit Jahren Raubbau mit Reichtumsmaterial getrieben wird, ebenso wird auch Raubbau mit dem Rohmaterial getrieben. Ob es sich dabei um polnische oder deutsche Privatgesellschaften handelt, ist unerleut.

Es kann kein Zweifel gelagt werden, daß auch diese Opfer der Eisenbahntatastrophe auf das krudenste Profit- und Intertribunent der Dames-Bahnverwaltung zurückzuführen sind. Bedenkenlos opfert das Kapital diesem System Hunderte von Menschenleben und bringt täglich Tausende von Menschenleben in Gefahr. Deshalb muß gegen dieses Profit- und Antriebsmittel der schärfste Protest in der Arbeiterklasse erhoben werden. Die Forderungen der Arbeiterklasse sind auch hier: Achtstündiger Maximalarbeitstag, ausreichender Lohn und Erweiterung der Kontrollrechte der Betriebsräte.

Gemeinsame Offensiv der Spanier und Franzosen in Marokko

Berlin, 1. Mai. Die Morgenblätter melden aus Madrid: Die spanischen Unterhändler, die von Primo de Rivera beauftragt sind, mit Abdel Krim Verhandlungen anzubahnen, folgten nach Spanien zurück. Die Reise scheint ein Mißerfolg gewesen zu sein. Man spricht von der Aufnahme neuer militärischer Operationen im Gebiete von Alhemas. Nach der „Chicago Tribune“ stehen die spanisch-französischen Erörterungen wegen der neuen Operationen gegen die Rifflente sogar vor ihrem Abschluß. Die Operation der Franzosen bei Ugha soll gleichzeitig mit einem Vorgehen spanischer Truppen an der Küste gegenüber Alhemas vollzogen werden. Das Ziel ist die Einnahme des Hauptquartiers Abdel Krims Fejour.

Blutige Wahlen auf Korfu

Paris, 1. Mai. (Telunion). In Ajaccio auf der Insel Korfu haben sich blutige Wahlunruhen ereignet. Bei dem Völkchen, ein Wahllokal zu stürmen, wurden zwei Personen getötet und drei schwer verletzt.

Schweres Orbenungslid in Frankreich

Paris, 3. Mai. (Telunion.) Aus Commercis kommt die Meldung, daß durch eine Explosion 5 Arbeiter in den dortigen Gruben schwer verletzt wurden. 1 Arbeiter wurde getötet.

Der 1. Mai im Ausland

Im Lande der Arbeiter!

Moskau. Am 1. Mai ist die ganze Stadt rot geflaggt. Der Vorbereitungs der Massen vor dem Lenin-Mausoleum, wo die Mitglieder der Sowjetregierung und des diplomatischen Korps anwesend waren, dauerte Stundenlang. Tausende Kinder von den Jungen Pionieren besetzten. Im Zuge wurden Karikaturen auf Hindenburg, den Erzstiller Wilhelm und Transparenz mit Aufschriften gegen den Terror in Bulgarien getragen.

Vor dem Lenin-Mausoleum fand die Parade der Moskauer Garnison und die Parade der Roten Armee statt. Volkskommissar Krasin, der die Parade abnahm, bereidigte die jungen Rotgardisten zum „Kampf gegen die verfluchte Bourgeoisie“.

(Koska.) Moskau, 1. Mai. Die Parade begann in Moskau durch eine Parade der Moskauer Garnison, die von Krasin auf dem roten Platz abgenommen wurde. Ungefähr 50 Tausende nahmen daran teil. Bei der Parade, der Parade der Truppen und dem Festhalten dieser Tausende Demonstranten waren Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps anwesend. In der reich dekorierten und feierlich beleuchteten Stadt fanden zahlreiche Feste statt.

Arbeitsruhe in Frankreich.

In Paris und in der Provinz verlief die Parade ohne Zwischenfälle. Die Privatindustrie ruhte fast allgemein.

Im Lande Mussolinis.

In Mailand blieben über 50 Tausend in Luzern über 40 Prozent der Arbeiter der Arbeit fern. In Florenz wurden 1000 Arbeiter körperlich auf Schritten unterworfen. Lebhafte Unterhaltungen fanden in Lucca und Livorno statt. In Rom nahmen einige Mitglieder der extremen Linken durch Schüsse einen Soldaten der Nationalmiliz und einen Carabinieri. In Mailand wurden 40 Personen verhaftet. Die Polizei war überall in Alarmbereitschaft. Der Druck der Maximummern des „Kosmi“ und der „Unita“ wurden verhindert.

Generalstreik in Ungarn.

Der 1. Mai verlief ohne Zusammenstöße. Die Zeitungen erschienen nicht. In der Industrie wurde die Arbeitsruhe durchgeführt. Demonstrationen waren verboten.

Blutige Zusammenstöße in Polen.

Warschau, 1. Mai. Die kommunistischen Kundgebungen waren von den Behörden verboten worden. Trotzdem versuchten einige kommunistische Demonstrationszüge, die sich in den Vorstädten gebildet hatten, in das Zentrum der Stadt auf den Theaterplatz zu gelangen, wo die Sozialdemokraten ihre Versammlung abhielten. Die Polizei trieb die kommunistischen Demonstrationen auseinander. Gegen 100 Personen wurden verhaftet.

Die polnische Sozialdemokratie durfte ihre Parade unter dem Schutze der Polizei abhalten.

Am Vorabend der Parade wurde die Polizei in verschiedenen Städten, so in Krakau, Lodz, Warschau, Massenverhaftungen (ca. 200), wegen Flugblätterverbreitung vor.

D. G. Ein von den Kommunisten organisierter Umzug zur Feier des 1. Mai endete mit einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden.

Massenaufruf in Prag.

Die Arbeiterkraft veranstaltete zwei gewaltige Demonstrationen. Die Geschäfte waren geschlossen.

Unter dem spanischen Terror.

Die Geschäfte in Madrid waren geschlossen. Der Jahrbereicht eingestellt. Umsätze waren verboten.

Kundgebungen in Oesterreich.

In Wien wurden die Propagandaauszüge der Kommunisten von Polizei überfallen, die Teilnehmer brutal mißhandelt. 14 Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Graz, dem Herz des Faschismus, waren Umzüge verboten.

Englische Protestkundgebung gegen Nord-Jansoff.

In London demonstrieren 10000 Teilnehmer am Themseufer. Nach Schluß der Versammlung zog ein Zug zur bulgarischen Gesandtschaft, wo sie gegen das Nordtreiben der Jansoff Regierung protestierten.

Das Bündnis der polnischen Henter und Sozialdemokraten

Warschau, 1. Mai. Die Arbeiter wurde hier von der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterkraft in der höchsten Weise und in vollkommener Ordnung begangen. Kommunistische Kundgebungen waren von den Behörden verboten worden. Trotzdem versuchten einige kommunistische Demonstrationszüge, die sich in den Vorstädten gebildet hatten, in das Zentrum der Stadt auf den Theaterplatz zu gelangen, wo die Sozialdemokraten ihre Versammlungen abhielten. Die Polizei trieb die Kommunisten auseinander, was im allgemeinen ohne größere Zwischenfälle abließ. Hierbei wurden auf die Polizei zwei Schüsse abgegeben, die aber niemand verletzten. Gegen 100 Personen wurden verhaftet.

Die Wahlen in Frankreich — Keine Rechtschwenkung

Paris, 1. Mai. Die bis um 10.30 Uhr vorliegenden Ergebnisse der Gemeindevahlen lassen deutlich erkennen, daß der allgemein vorausgesehene Kurs nach rechts sich nicht vollzogen hat. In Paris wird es zahlreiche Stichwahlen geben, was bei der großen Zahl der Kandidaten vorauszuweisen war. Im großen und ganzen haben die rechtstehenden Parteien, die in der Hauptstadt stets in der Mehrheit waren, neue Gewinne zu verzeichnen. Es wird bekannt, daß gegenüber 22 Kandidaten der Rechten nur 2 der Linken gewählt worden sind, daß bei der letzten Verfassungswahl jedoch nicht die Pariser, sondern die Mehrheit der Provinz entschieden hat. Soweit die Ergebnisse vorliegen, lassen sie erkennen, daß die Linke keine Einbuße erlitten hat, sondern im Gegenteil in verschiedenen Orten neunenwertige Fortschritte zu verzeichnen hat. Die Kommunisten sind überall ins Hintertreffen geraten. Dementsprechend wurden mehr Sozialisten gewählt. „Temps“ meldet, daß die Sozialisten sich auch in den Bezirken, die stark kommunistisch angehaucht sind, durchsetzen konnten. „Paris Soir“ stellt in einer Sonderausgabe fest, daß die Vorkämpfer im Lande sich nicht nur festgesetzt haben, sondern auch wesentliche Fortschritte davongetragen hätten. Die gegenwärtig vorliegenden Teilergebnisse lassen erkennen, daß der Ausfall der Gemeindevahlen im großen und ganzen das Ergebnis der Verfassungswahlen vom 11. Mai 1924 bestätigt. In Marseille wurde der Gemeinderat wiedergewählt, auch Bürgermeister Dentaire, der wegen der blutigen Kommunistenunruhen von den rechtstehenden Parteien fräftig angegriffen worden war, wurde wiedergewählt.